Mosche Dayan, israelischer Verteidigungsminister, nach der Eroberung Ost-Jerusalems im Jahr 1967

den Waffenstillstand des Jahres 1949.«
Ost-Jerusalem umstandslos als arabischen Teil zu bezeichnen ist mindestens fragwürdig, meldet doch Wikipedia über das israelisch-jordanische Waffenstillstandsabkommen von 1949:
»Das Abkommen mit Jordanien wurde am 3. April [1] unterzeichnet. Die wichtigsten Punkte waren:
Jordanische Truppen blieben in den meisten Positionen, die von ihnen im Westjordanland [2] gehalten wurden, einschließlich Ostjerusalems [3] und der Jerusalemer Altstadt [4] mit dem jüdischenViertel [5]. …«
(Dass in der Nähe heiliger jüdischer Stätten auch Juden in größerer Zahl wohnen, finde ich persönlich sehr plausibel.)
Der Teilungsplan von 1947 sah vor, dass Jerusalem zu keinem Staat – weder zum geplanten jüdischen noch zum geplanten arabischen – gehören sollte, damit die zahlreichen heiligen Stätten aller Religionen für alle ihre Anhänger zugänglich sein sollten. Damit verträgt sich nun kaum die Annexion Ostjerusalems durch Jordanien mit anschließender Vertreibung aller Juden und Schleifung aller Synagogen – zynisch gesprochen war Ostjerusalem danach tatsächlich zum arabischen Teil Jerusalems geworden. Ich weiß nicht, wie Juristen das sehen, aber ich finde es höchst fragwürdig, entgegen dem Teilungsplan Ostjerusalem zu annektieren und nach verlorenem Krieg sich dann doch wieder auf ihn zu berufen.
»Nachdem der Sechstagekrieg sich wesentlich gegen Ägypten und Jordanien gerichtet hatte, war die militärische Kontrolle über palästinensisches Gebiet eher eine Art Nebenprodukt des Sieges, unerwartet auch für die politische Führung in Tel Aviv. Entgegen einer Empfehlung des Mossad, der eine baldige Rückgabe angeregt haben soll, behielt man die Gebiete, um die PLO zu schwächen und Verhandlungsmasse für eine spätere Neuordnung der Region zu haben.«
Soso, der Mossad soll eine Rückgabe empfohlen haben. Ich halte dieses Gerücht für nicht sehr plausibel, weil auch unklar ist, wer es denn hätte zurückerhalten sollen – die Ägypter und Jordanier, die ja auch nur Okkupanten waren und deren Versuch zur Zerstörung Israels 1973 dann vielleicht erfolgreicher verlaufen wäre? Heute gibt es Friedensverträge mit Ägypten, das die Sinai-Halbinsel zurückerhalten hat, und mit Jordanien – beide Staaten haben keine Gebietsansprüche an Israel mehr. Und sowas wie einen palästinensischen Staat im heutigen Verständnis gab es damals nicht.
Fast schamhaft wird erwähnt, dass es die PLO schon gab (seit 1964 übrigens), obwohl nach der Logik deiner Einleitung es noch gar keine zu befreienden Gebiete gab. Zur Frage der Neuordnung solltest du die Sicherheitsratsresolution 242 tatsächlich einmal selbst lesen und zur Kenntnis nehmen, was es mit den drei Nein von Khartoum auf sich hat. Soviel fürs Erste, bei Interesse gern mehr.

Mit kollegialen Grüßen
Werner Begoihn

Eine Okkupation, die sich nicht wegdiskutieren lässt

Antwort auf die Kritik von Werner Begoihn

Werner Pfau

■ Vorbemerkung

Erfreulich ist es, lieber Kollege Begoihn, wenn über Streitkultur nicht nur geredet, sondern diese auch praktiziert wird. Gleichwohl drängt sich mir der Eindruck auf, dass es hier weniger um die Frage gründlicher Recherche geht, als vielmehr um eine militärische Okkupation, die deiner Auffassung nach nicht so genannt werden darf. Die Streitfrage auf ein Rechercheproblem zu reduzieren, ist mir gegenüber einerseits nicht sehr nett, andererseits zu nett. Nicht sehr nett: Weil ich ja an meinen Text eine Liste von Publikationen angehängt hatte – du erwähnst keine davon. Selbst berufst du dich auf eine einzige Quelle, Wikipedia. Zu nett: Weil du implizierst, bei Kenntnisnahme der vorgeschlagenen Fakten müsse sich alles in Einigkeit auflösen. Etwas ernster ist unser Dissens schon, denn mir ist die Haltung der Arabischen Liga zu Israel und auch die Resolution 242 durchaus bekannt – ich beurteile sie nur anders als du. Ein einfacher »Faktencheck« hilft hier nicht weiter; die Einordnung der Fakten will diskutiert sein.

Dein Unmut entzündet sich an meiner Kritik der israelischen Besatzungspolitik. Falls der Eindruck entstanden ist, ich verharmlose die Haltung der arabischen Staaten, so nutze ich die Gelegenheit zur Klarstellung: Ich stimme dir darin zu, dass diese im Allgemeinen eine destruktive Rolle gespielt haben, indem sie versuchten, den Konflikt für nationale Ziele zu instrumentalisieren; die vielbeschworene Solidarität mit den palästinensischen »Brüdern« war selten mehr als diplomatische Heuchelei. Anderslautendes hatte ich in meinem Text zwar auch nicht behauptet – falls doch, habe ich mich jetzt erklärt. Doch zu folgern, Israel hätte die besetzten Gebiete bei veränderter arabischer Haltung schon längst zurückgegeben, halte ich für einen Fehlschluss. Dazu einige Ausführungen.

Die Palästinenser gibt es nicht?

Der Kern deiner Argumentation liegt in der Bezugnahme auf das Völkerrecht und UN-Resolutionen. Da es einen Staat Palästina niemals gegeben hat, die palästinensische Bevölkerung entweder unter osmanischer, jordanischer oder ägyptischer Herrschaft stand, kann sie genauso gut unter israelischer sein. Diese völkerrechtliche Interpretation ist bekannt, sie entspricht der offiziellen diplomatischen Sicht Israels. Politologe Jörg Rensmann vertritt sie beispielsweise in einem Aufsatz einer Broschüre der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Nun habe ich grundsätzliche Zweifel, ob ich mir meine Sicht der Realität vom Geschacher der Großmächte im Weltsicherheitsrat vorschreiben lassen will. Und doch werde ich mich zunächst einmal – zum Zweck der Wahrheitsfindung – auf deine Begeisterung für die völkerrechtliche Bindewirkung von UN-Resolutionen einlassen.

Es stimmt, einen palästinensischen Staat gab es nie; aber einen israelischen auch nicht. Soll mit dem Teilungsplan ein jüdisches Selbstbestimmungsrecht in die Welt getreten sein, so auch eines der in Palästina lebenden Araber – beides ist im Plan statuiert. Wer sich auf ihn beruft, kann sich nicht nur die Bestimmungen heraussuchen, die ihm passen und alle anderen ignorieren. Ich weiß nicht, was Du unter Selbstbestimmung verstehst, ein Leben unter militärischer Besatzung fällt für mich jedenfalls nicht darunter.

Auf meinen Hinweis, der Mossad habe nach dem Sechstagekrieg eine Einführung palästinensischer Selbstverwaltung empfohlen, reagierst Du mit Spott. Von deinem Standpunkt folgerichtig: Was es nicht gibt, das kann sich auch nicht selbst verwalten. Ein wenig eigene Recherche (!) hätte dich freilich auf die Quelle bringen können. Es war der hochrangige Mossad-Offizier David Kimche, der damit beauftragt gewesen war, nach dem Sechstagekrieg die Stimmung unter der palästinensischen Bevölkerung zu erforschen. Die Ergebnisse fasste er in einer Denkschrift mit dem Titel »Vorschlag für eine Lösung des Palästinenserproblems« vom 14. Juni 1967 zusammen. Die Historikerin Idith Zertal geht in ihrer Arbeit über die Siedlerbewegung auf den Text ein; Kimche hat ihr persönlich versichert, dass er an das Kabinett übermittelt worden war. Der Plan empfahl, »ein(en) unabhängigen palästinensischen Staat« zu errichten, unter Kontrolle der israelischen Armee und durch Verhandlungen mit der »palästinensischen Führung« (Zertal, S. 30).

Du hingegen schreibst: »Ich halte dieses Gerücht für nicht sehr plausibel, weil auch unklar ist, wer es (das Land, WP) denn hätte zurückerhalten sollen – die Ägypter und Jordanier, die ja auch (!) nur Okkupanten waren…?«. Diese Mossad-Offiziere haben sich nicht in völkerrechtlichen Spitzfindigkeiten ergangen. Ihnen war klar, was du nicht wahr haben willst: In den besetzten Gebieten leben Menschen aus Fleisch und Blut, auch wenn sie vielleicht keinen formalen völkerrechtlichen Titel besitzen. Damit beantwortet sich deine Rätselfrage, wem man das Land zurück hätte geben können: Wie wäre es mit den Leuten, die darauf leben? Brecht lässt in den Flüchtlingsgesprächen eine Figur sagen, der Pass sei der edelste Teil des Menschen. Das scheint auch Deine Devise zu sein. Allerdings hat Brecht es ironisch gemeint…

Scheiterte die Rückgabe des Landes ausschließlich an den arabischen Staaten?

Die UN-Resolution 242, verabschiedet nach dem israelischen Sieg im Sechstagekrieg, bildet einen zentralen Punkt deiner Argumentation. Und zwar in folgendem Argumentationsgang: 1. Die Resolution fordert Israel zwar zum Abzug, die arabischen Staaten aber auch zu Verhandlungen auf – Land gegen diplomatische Anerkennung. 2. Israel war bereit, über die Rückgabe zu verhandeln, die Gegenseite verweigerte sich – daher dein Hinweis auf das dreifache Nein von Khartoum. Auf ihrem dortigen Treffen nämlich hatte die Arabische Liga ihre Ablehnung von Verhandlungen drastisch klar gemacht. Konklusion: Die Verantwortung für die Besatzung liegt bei den arabischen Mächten. Ich werde nicht darauf herumreiten, dass deinen Berufung auf Resolution 242 im Widerspruch zur obigen Behauptung steht, das palästinensische Gebiet sei gewissermaßen völkerrechtlich herrenlos. Der UN-Sicherheitsrat fordert Israel ja sehr wohl zum Abzug auf – warum sollte er das tun, wenn ohnehin nur ein »Okkupant« den anderen beklaut hätte und das ursprüngliche Rechtssubjekt, namens Osmanisches Reich, untergegangen ist?

Was du komplett ausblendest, ist das Interesse der israelischen Rechten, der Nationalreligiösen und auch von Teilen der Arbeitspartei, den Sieg zu nutzen, um die Idee Groß-Israels zu verfolgen. Eine euphorische Stimmung hatte im Juni 1967 die israelische Gesellschaft erfasst. Bei der Besetzung Jerusalems verkündete Mosche Dayan, laut dem Historiker Ahron Bregman: »Wir sind zu unseren heiligsten Stätten zurückgekehrt, wir sind zurückgekehrt, um sie nie mehr zu verlassen.« (Bregman, S. 120, Übersetzung WP). Der Oberrabbiner der Armee, Shlomo Goren, schlug IDF-General Narkiss damals vor, die Moschee auf dem Tempelberg einfach in die Luft zu sprengen, was dieser natürlich ablehnte (Bregman, S. 120). Solche Details illustrieren immerhin die nationalreligiöse Gedankenwelt. Und in eben dieser Zeit kamen bereits Siedlungspläne

auf. Dazu Idith Zertal: »Nicht einmal zehn Tage waren verstrichen seit dem Arabischen Gipfel, als Minister Yigal Allon in seiner Funktion als Koordinator von Siedlungsbelangen in den besetzten Gebieten darum bat, die Errichtung von Siedlungen in der Jordansenke und im Etzion-Block auf die Tagesordnung zu setzen.« (Zertal, S. 33) Mittlerweile ist die Zahl der Siedelnden auf 500.000 angestiegen. Ihre völlige Rückholung war auch während des »Friedensprozesses« nicht in Aussicht gestellt. Die besetzten Gebiete tragen verwaltungstechnisch hebräische Bezeichnungen biblischer Provenienz, es wird weiter gebaut. Der Umzug in die Siedlungen ist staatlich subventioniert, die Energieversorgung gesichert. In Hebron ist die Innenstadt für die jüdischen Siedler reserviert. Es gibt eigene Straßen, die einheimische Palästinenser nicht benutzen dürfen. Klingt das alles für dich so, als warte Israel seit Jahrzehnten nur darauf, die eroberten Gebiete zurück zu geben?

Harmlose religiöse Schwärmer?

Meine Ausführungen zur Siedlerbewegung in dem strittigen Artikel würdigst du keines Satzes. Deine eigene Aussage dazu lautet, es sei dir plausibel, wenn religiöse Menschen in der Nähe ihrer Heiligtümer leben wollten. Na gut – das ginge eventuell auch, ohne andere in der Nähe wohnende Gruppen als Fremdkörper anzusehen und Staatsgrenzen zu verschieben. Du verfehlst das Spezifikum nationalreligiöser Gesinnung: Der Staat Israel hat den Auftrag, die Ankunft des Messias zu beschleunigen und das gesamte Palästina wieder dem Judentum zurückzugeben. Oder umgekehrt: Die heiligen Stätten sind Symbole der nationalen Einheit. Nationaler und religiöser Fanatismus gehen eine eigentümliche Symbiose ein. Ironischerweise hat sich dieser Messianismus, folgt man Carlo Strenger, erst mit dem Sechstagekrieg herauskristallisiert, wurzelt nicht etwa in jüdischer Mystik, speist sich vielmehr aus europäischen Quellen einer romantisch-irrationalen Volksgeist-Idee. Strenger resümiert: »Den messianischen Eiferern gelang es geschickt, die Angst der Israelis, die Grenzen Israels könnten zu unsicher sein, für sich zu nutzen und zum Motor der ungehemmten Siedlungspolitik im Westjordanland zu machen…« (Strenger, S. 66). Die Besiedelung militärisch besetzten Landes durch Bürger und Bürgerinnen der Besatzungsmacht stellt einen schweren Verstoß gegen die UN-Konvention dar. Erwähnt wird dies u.a. – für Freunde des Völkerrechts wie dich – in Resolution 446 des UN-Sicherheitsrates von 1979 oder Resolution 2334 von 2016.

Eine ausführlichere Fassung dieses Textes ist auf der Homepage der BLZ zu finden.

Quellen:
Bregman, Ahron: A History of Israel. Hampshire/New York, 2003.
Strenger, Carlo: Israel. Einführung in ein schwieriges Land. 5. Auflage. Berlin, 2015.
Zertal, Idith/Eldar, Akiva: Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung seit 1967. München, 2007.

Zur Antisemitismus-Debatte in Deutschland

Seniorinnen und Senioren in der GEW Bremen diskutieren

*Marianne Berger in Absprache mit dem Sprecher*innen-Team*

■ »Wenn ich die Politik der israelischen Regierung kritisiere, wird mir häufig der Vorwurf gemacht, ich würde antisemitische Tendenzen vertreten.« So formulierte es einer unserer Kollegen, und mehrere Kolleginnen und Kollegen hatten ähnliche Erfahrungen gemacht. Menschen, die im Einsatz für Menschenwürde und gegen Rassismus zeitlebens eine Hauptmotivation für ihr politisches Handeln sahen, trifft ein solcher Vorwurf hart. Wie gehen wir mit diesem Problem um? Wo holen wir uns neue Informationen? Unser Treffen galt diesem Thema.

Als Referenten luden wir Herrn Professor Rolf Verleger, Uni Lübeck, ein. Er ist Sohn zweier Überlebender von Auschwitz, ehemaliges Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland und Kritiker der israelischen Siedlungspolitik – also ein kompetenter Partner für unsere Debatte.

Die Antisemitismus-Debatte in Deutschland greift seiner Meinung nach zu kurz. Wichtig wäre eine Debatte über Einstellungen zu Minderheiten in unserer Gesellschaft. Beispielsweise seien negative Einstellungen zu Sinti, Roma, Muslimen erschreckend höher als zu Juden. Im Sinne einer Stärkung der Demokratie müssten Strategien entwickelt werden, die den Umgang mit Minderheiten verbessern.

Prof. Rolf Verleger zu Gast in Bremen

Folgend ein Auszug aus dem Skript von Rolf Verleger:

»Viel ist in den Medien und in der Politik von Antisemitismus die Rede, wenig von Antiislamismus. Dieser Diskurs entspricht nicht der realen Verbreitung dieser beiden Vorurteilsmuster. Zudem entsteht Respekt für